

SCHULZ ALS SPD-KANZLERKANDIDAT

Martins warmer Mantel

Birgit Baumann

Die Euphorie war schon zu spüren am Sonntag im Berliner Willy-Brandt-Haus, als Martin Schulz seine erste Rede hielt. Da stand einer, der den Sozialdemokraten die Hoffnung hinhält, wie einst der heilige Martin einem Bettler den Mantel – auf dass es wärmer werde.

Die Lobgesänge auf Schulz – *Spiegel* schreibt von „Sankt Martin“, die *Bild*-Zeitung von „Martinmania“ – sind zwar schön für den derart Gepriesenen, doch sie zeigen auch, wie bitter nötig die einst so stolze Partei einen Hoffnungsträger hat. Nach drei Jahren als Juniorpartnerin von Kanzlerin Angela Merkel ist sie verzagt und mutlos, weil es in den Umfragen einfach nicht bergauf gehen will.

Und dann kommt Schulz – und schwups liegen zwar Union und SPD noch nicht gleichauf, doch holt Schulz bei der Frage nach der Direktwahl gleich einmal auf. Kein Wunder, dass die SPD auf einer zartrotten Wolke schwebt.

Seine Antrittsrede war durchaus wohlgefällig – nicht nur für sozialdemokratische Ohren, sondern auch für den Mittelstand. Die Tüchtigen, die sich an die Regeln halten, will Schulz umwerben, ihnen will er zu mehr Gerechtigkeit verhelfen. Es wird also ein Kampf um Deutschlands Mitte, auf diese zielt auch Merkel ab. Beide wissen: Mehrheiten gewinnt man nur dort und nicht an den Rändern.

Apropos Merkel: Hier zieht Schulz erste Konfrontationslinien. Offenbar ist er nicht gewillt, Merkel persönlich hart anzugreifen. Er ist zwar nicht in die Kabinettsdisziplin eingebunden, aber er scheut davor zurück, weil Merkel trotz ihrer Asylpolitik immer noch beliebt ist. Da kann man sich leicht die Hände verbrennen, also streicht Schulz lieber den Dauerstreit zwischen CDU und CSU heraus.

Nicht ungeschickt ist sein Umgang mit seiner Herkunft. Er war in Deutschland ja nie „mehr“ als Bürgermeister der 40.000-Einwohner-Stadt Würselen, Matura hat er auch nicht. Daraus macht Schulz eine Tugend, beschwört den sozialdemokratischen Musteraufstieg und erklärt, als Kommunalpolitiker sei man ohnehin am nächsten dran an den Menschen. Im Moment reicht das für die Begeisterung.

Doch wenn diese sich erst einmal legt und der Alltag kommt, werden sich auch Schwächen zeigen: etwa dass Schulz kein Rederecht im Bundestag hat und vielen für das verhasste Europa steht. Unklar ist vor allem, welche bundespolitischen Pflöcke er einschlagen will. Bald wird der „heilige Martin“ aus seinem warmen Mantel ein paar konkrete Konzepte hervorholen müssen.

IDEEN DES INNENMINISTERS

Pippi Sobotka

Michael Möseneder

Für Astrid Lindgrens Romanheldin Pippi Langstrumpf ist das Leben recht einfach: „Ich mach mir die Welt, widewie wie sie mir gefällt“, heißt es im Titellied der TV-Serie. Ein Grundsatz, der offenbar auch Innenminister Wolfgang Sobotka gefällt. Anders scheinen nämlich einige seiner jüngsten Ideen kaum erklärbar.

Etwa die Absicht, auch Bahnlinien und Taxiunternehmen beim grenzüberschreitenden Verkehr zu verpflichten, Identität und Einreisepapiere der Passagiere zu überprüfen. Gut, man kann mit „Gleiche Pflicht für alle“ argumentieren. Flug-, Bus- und Schifflinien müssen laut Fremdenpolizeigesetz schon derzeit kontrollieren, ob der Kunde über die erforderlichen Dokumente verfügt, bevor er nach Österreich gebracht wird.

Das Problem ist, dass die Realität ein wenig dagegen steht. Die Passagierdaten bekommt eine Airline bei der Buchung, die (oberflächliche) Passkontrolle beim Boarding ist keine Hexerei. Nur: Wie soll das beim Railjet von Budapest nach Wien funktionieren, in den gut 400 Reisende passen? Sollen diese auf dem Bahnsteig Formulare ausfüllen, die der Schaffner dann kontrolliert? Und auch in ein System eingeben muss – laut Gesetz müssen die Daten nämlich 48 Stunden gespeichert sein. Oder schwebt Sobotka vor, dass es nur mehr vorab gebuchte Zugtickets gibt?

Interessant war auch das Verhalten rund um die Verhaftung des 17-jährigen Terrorverdächtigen. In der kurzfristigsten anberaumten Pressekonferenz stellte es der Innenminister noch so dar, als ob der Teenager praktisch schon mit Sprengstoffgürtel und AK-47 in der U-Bahn gestanden wäre. Ein paar Tage später war nur noch von einem „Planungsstadium“ die Rede. Dass die spektakuläre Aktion en passant dafür gesorgt hat, dass Erwin Prölls Privatstiftung und Sobotkas Rolle als Finanzlandsrat aus den Medien verschwunden ist, ist aber sicherlich nur Zufall.

Auch in anderen Bereichen zeigt der Innenminister Seltsamkeiten. So kündigte er an, kein Gesamtpaket zu unterschreiben, sondern nur das ihn betreffende Kapitel. Mit Verlaub, wenn er sich nicht als Teil der Regierung sieht, kann er ja zurücktreten und auf einen Job in einer etwaigen blau-schwarzen Koalition hoffen – eine Kritik, die übrigens auch sein Parteikollege Andreas Khol teilt.

Es ist Zeit, dass jemand Herrn Sobotka verrät, dass zwei mal drei nicht vier macht. Falls man nicht gerade Pippi Langstrumpf ist.



Trumps Kampfansage an den Islam

Das Einreisdekret sorgt kurzfristig für Chaos und langfristig für Blutvergießen

Eric Frey

Seit jenem schrecklichen Augenblick vor 15 Jahren, als die Flugzeuge ins New Yorker World Trade Center einschlugen, haben sich amerikanische Präsidenten um eines bemüht: dass sich der Kampf gegen radikalislamische Terrorgruppen nicht in einen Krieg gegen den Islam verwandelt. George W. Bush zog das missglückte Wort vom „Kreuzzug“ rasch zurück und warnte vor der Diskriminierung muslimischer Amerikaner. Barack Obamas Kairoer Rede 2009 war ein ehrgeiziger Versuch, die jahrhundertalte Kluft zwischen dem Westen und der islamischen Welt zu überwinden. Dies war innenpolitisch nicht immer leicht, denn viele Amerikaner setzten seit 9/11 Islam mit Terror gleich. Und auch das Zögern moderater Muslime, radikale Kräfte in ihrer Mitte eindeutig zu verdammen, spielte den Feinden dieses Kurses in die Hände.

Mit einem Federstrich hat Donald Trump diese Politik ins Gegenteil verkehrt. Sein Einwanderungsstopp für sieben Länder und die sonstigen Anordnungen sind – auch wenn er sie als Schritt zum Schutz der US-Bevölkerung anpreist – eine Kriegserklärung an eine Weltreligion und die rund 1,6 Milliarden Menschen, die sich mit dem Islam identifizieren.

Die völlig unüberlegte Anordnung sorgt erst einmal für Chaos an zahlreichen Flughäfen und bedeutet für tausende Betroffene persönliches Leid und zerstörte Lebensträume. Die mittelfristigen Folgen für die US-Einreisepolitik sind weniger klar. Die Maßnahmen sind vielfach unumsetzbar, verstoßen gegen US-Gesetze und werden von den Gerichten zumindest teilweise außer Kraft gesetzt werden.

Trumps Bann trifft irakische Kurden, die zu den engsten Verbündeten der USA im Nahen Osten zählen, genauso wie all jene Exil-Iraner, die ihre Staatsbürgerschaft nicht abgeben können, langjährige US-Einwohner und sogar Fluggesellschaften. Dass islamische Länder ausgenommen sind, in denen Trump investiert hat, ist ein erfreulicher Nebeneffekt für die Präsidentenfamilie. Wenn republikanische Politprofis den wilden Kindergarten im Weißen Haus ein wenig zähmen, werden sie einige Anordnungen wieder entschärfen. Die Zahl der von den USA aufgenommenen Flüchtlinge wird zwar sinken, aber sie war auch bisher schon beschämend niedrig.

Was immer am Ende konkret herauskommt – und Trumps Politik ist nicht auf langfristigen Wandel, sondern auf kurzfristige Effekte ausgerichtet –, eine Botschaft wird jedenfalls stehenbleiben: Der Präsident der USA, als höchster Vertreter seines Landes, hasst den Islam.

Das ist eine Steilvorlage für die Rekrutierungskampagnen des „Islamischen Staates“ und wird den Kampf gegen den IS, Trumps erste außenpolitische Priorität, massiv erschweren. Arabische und europäische Regierungen werden zögern, mit diesem Präsidenten zusammenzuarbeiten. Trumps

Dekret rechtfertigt zwar keine Gewalt, es wird diese aber fördern und dadurch Menschenleben kosten – auch jenes amerikanischer Bürger. Es fällt auf, dass Israels Regierung bei der von Trump versprochenen Übersiedlung der US-Botschaft nach Jerusalem bremst, weil sie solche Gewaltreaktionen im eigenen Land fürchtet.

Trumps Glaubwürdigkeit liegt bereits in Scherben – zu Hause und in der Welt. Der Wahnsinnstruppe im Weißen Haus ist das gleichgültig. Aber die blutigen Folgen einer dysfunktionalen Politik können auch selbstgefällige Tweets nicht ungeschehen machen.

KOPF DES TAGES

Immer der Erste in vielen Positionen



Anthony Romero, Chef der ACLU, gewann eine Klage gegen Trumps Regierung.

Foto: Getty

Anthony Romero hat Erfahrung darin, der Erste zu sein. Erster Latino war er, als er 2001 an die Spitze der traditionsreichen Bürgerrechtsgruppe American Civil Liberties Union (ACLU) aufstieg. Und zugleich der erste schwule Mann in dieser Position – was damals, kurz nach der ersten Wahl George W. Bushs, noch erwähnenswerter war als heute.

Nun ist er wieder der Erste: Die von ihm geführte Organisation hat die erste größere Klage gegen eine Entscheidung der Donald-Trump-Regierung gewonnen. Gerichte in New York, Seattle und im Bundesstaat Virginia stoppten auf Antrag der ACLU die Abschiebung mehrerer Menschen. Sie waren mit einem gültigen Visum und positivem Flüchtlingsbescheid für die USA ins Flugzeug gestiegen, nach Erlass des Dekrets zur Einreiseperrre für Bürger von sieben mehrheitlich muslimischen Staaten aber als illegal Einreisende gelandet. Sie dürfen vorerst bleiben – die Erfahrung, in Handschellen abgeführt und zu ihrer Meinung über Trump befragt worden zu sein, bleibt ihnen aber.

Dass es sich lohnen kann, für seine Rechte zu kämpfen, hat der 1965 in der New Yorker Bronx geborene Sohn puerto-ricanischer Eltern schon früh festgestellt: Sein Vater Demetrio war

einst mit Unterstützung der Gewerkschaft vor Gericht gezogen, weil er wegen mangelnder Englischkenntnisse seinen Job als Kellner verloren hatte. Er gewann, was ihm Geld einbrachte und Anthony eine weitere Chance eröffnete, der Erste zu sein. Der Erste aus seiner Familie mit einem Abschluss an der Highschool. Später studierte er in Princeton und Stanford Jus.

Von der Rockefeller Foundation wechselte er am 4. September 2001 in den Chefposten der ACLU, nur sieben Tage vor 9/11. Mit Kampagnen wie jener, die USA „sicher und frei“ zu erhalten, gelang ihm eine Verdopplung der Mitgliedschaft auf fast 600.000 Menschen. Mit ihnen kämpfte er nicht nur gegen den Patriot Act, sondern auch für die Rechte Gefangener, Homosexueller, Drogenabhängiger und für sichere Abtreibungen.

An seinem Führungsstil gibt es Kritik, Romero soll im Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wenige Skrupel kennen. 2011 wurde der Vorwurf der Vertuschung laut, als eine Festnahme wegen alkoholisierten Autofahrens nicht in den öffentlichen Polizeilisten aufschien. Nimmt er nun den Kampf gegen Trump auf, der wenig Scheu hat, Schwächen auszunutzen, sollte er solche Geschichten vermeiden. *Manuel Escher*